

2272/J XXI.GP

Eingelangt am: 03.04.2001

ANFRAGE

der Abgeordneten Heinzl, Katharina Pfeffer
und GenossInnen
an den Bundesminister für Land - und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
betreffend Wettbewerbsverbesserungen durch die Verpackungsverordnung

Die Verpackungsverordnung 1996 hat sicherlich einige Probleme gemildert, aber weiter bleibt die Frage offen, inwieweit die Kosten der Sammlung volkswirtschaftlich und ökologisch rechtfertigbar sind.

Dies gilt insbesondere für die Kunststoffsammlung, die ca. 60 % der Gesamtkosten des ARA - Systems ausmacht; wenn es hier zuletzt auch zu Senkungen der ARA - Tarife kam.

Die Schaffung von Wettbewerb im gewerblichen Bereich zieht gleichzeitig das Risiko von Quersubventionierungen aus dem kommunalen Sammlungsbereich nach sich. Nach Ansicht der SPÖ muss auf Sicht auch für die Kommunen die Möglichkeit bestehen, zwischen verschiedenen Entsorgungen zu wählen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Land - und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft nachstehende

Anfrage:

1. Sind Sie der Meinung, dass die getrennte Sammlung der Verpackungen als kleiner Teil der Müllfraktion bei Änderung der Gesamtabfallstrategie hin zu einer thermischeren Entsorgung nicht erheblicher Veränderungen bedarf?
2. Sollte gerade die Kunststofffraktion mit hohem im Verbrennungswert nicht dort aufgelassen werden, wo eine geregelte thermische Entsorgung zur Verfügung steht?

3. Wie stehen Sie der Frage zur Schaffung von Wettbewerb auch im kommunalen Bereich gegenüber?
4. Konnten durch den Wettbewerb im gewerblichen Bereich Tarifierduktionen erreicht werden?
5. Halten Sie es nicht für richtig, eine Gesamtreform des Systems in den nächsten Jahren vorzubereiten und zu diesem Zweck eine gründliche Analyse des derzeitigen Systems durch eine kompetente Stelle - etwa dem Umweltbundesamt - vornehmen zu lassen?